

Inhalt

Seite 2

In eigener Sache

Seite 3

40 Jahre VDFP- Bundesvorstand

Seite 5 - 8

Aus den Bezirken:

Hamburg (S. 5)

Franken (S. 6)

Seite 7

Beitrittserklärung

Seite 8

Aufruf zur

Werbeaktion 1997

„Zur Weitergabe
an Ihren Kollegen“

Impressum

Haben Sie uns vielleicht etwas zu sagen ?

Unser Telefax - Anschluß
061 73-68838
ist ständig für Sie
auf Empfang!

Redaktionsschluß für die
nächste Ausgabe ist am
15. Juni 1997

Informationsgespräch des VDFP-Bundesvorstandes mit der Zentrale der Deutschen Telekom AG

Der VDFP-Bundesvorstand traf sich am 12.02.97 in Bonn mit Dr. Heinz Klinkhammer, Vorstandsmitglied Personal und Recht, zu einem Informationsgespräch zu den Themen:

- Personalbedarfsentwicklung im mittleren technischen Dienst
- Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für BfT-Kräfte
- Laufbahnperspektiven für den mittleren technischen Dienst im Unternehmen Deutsche Telekom AG.

Neben Dr. Klinkhammer nahmen für die Zentrale der Deutschen Telekom AG Hubert Lange, Geschäftsbereichsleiter P1 (Personalanpassung Service) und Frieder Birkhauer, Fachbereichsleiter P11 (Konzepte der Personalbestandsanpassung), an dem Informationsgespräch teil.



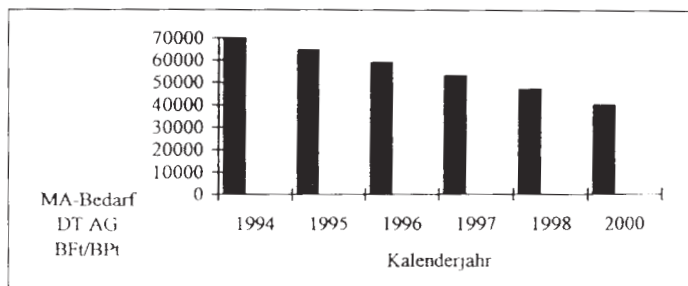
Unser Bild: (von links) Hermann Muth, Franz Roschkowski, Dr. Heinz Klinkhammer, Hubert Lange, Frieder Birkhauer, Lothar Siewert.

Der VDPP-Bundesvorstand wurde durch seinen Bundesvorsitzenden Franz Roschkowski, seine Stellvertreter Hermann Muth und Lothar Siewert sowie durch das Bundesvorstandsmitglied Ferdinand Pohl vertreten.

In seiner Eröffnung ging Dr. Klinkhammer auf die derzeitigen strukturellen Probleme des BfT-Dienstes ein, die nach seiner Auffassung durch den mittlerweile erfolgten „Aufbau Ost“ zeitlich verzögert wurden. Hierzu gehört nach seiner Auffassung das Motivationsproblem auf der Mitarbeiterebene. Nach den Erkenntnissen der Deutschen Telekom AG sind viele Mitarbeiter für ihr derzeitiges Beschäftigungsfeld „einfach überqualifiziert“.

Weiterhin muß man heute, so Dr. Klinkhammer, davon ausgehen, daß sich die „Beamten“ auch „mental bewegen“ müssen, da sich die Arbeitsinhalte der letzten dreißig Jahre grundsätzlich verändert haben. Die Mobilitätsfrage stellt sich aus der Sicht des Unternehmens eigentlich nicht mehr, da man demnächst „massive“ Personalüberhänge in allen Regionen erwarten kann.

Personalbedarfsentwicklung: Die Personalbedarfsentwicklung BfT/BP sieht folgende Zahlen vor:



Danach beträgt der Personalabbau für den Zeitraum 1994 bis 2000 im Bereich BfT/BP 30.000 Arbeitsposten. Für den verbleibenden Zeitraum der Jahre 1997 bis 2000 fallen ca. 19.000 Arbeitsposten weg. Ab dem 3. Quartal 1997 werden Personalüberhänge erwartet.

Die Personalreduzierungen im BF-Bereich mit ca. 10.000 Mitarbeitern sind im Verhältnis zum BfT-Bereich nach Auffassung des Unternehmens zu groß ausgefallen.

In diesem Zusammenhang sollen speziell die Personalüberhänge im BfT-Bereich ermittelt werden, damit durch Umqualifizierungsmaßnahmen freie Arbeitsposten im BF-Bereich besetzt werden können.

Die Deutsche Telekom AG erwartet, daß sich verstärkt BfT-Kräfte auf freie BF-Arbeitsposten bewerben: Hierbei denkt man an die Arbeitsbereiche Rechnungsstellen und T-Punkte in den PK-Niederlassungen, da diese Arbeitsbereiche wegen der anfallenden technischen Probleme BfT-geeignet sind.

Projekt Management Service (PMS)

Nach Aussagen von Dr. Klinkhammer sind alle entstehenden Personalüberhänge, auch kurzfristige, in einem dafür einzurichtenden Ressort "Projekt Management Service (PMS)" zusammenzufassen:

Hierzu gehören alle Mitarbeiter, die entweder innerhalb des Unternehmens vermittelbar oder in der Lage sind flexibel auf Beschäftigungsmöglichkeiten einzugehen, die sowohl telekomintern oder -extern entstehen können. Hieraus zeichnen sich folgende Aufgaben für ein künftiges Ressort PMS ab:

- Aquirierung von Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb des Unternehmens: Diese dürfen jedoch nicht in Konkurrenz zum Kerngeschäft des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften stehen.
- Vorstellbare Beschäftigungsfelder im Ressort PMS liegen nach den Vorstellungen des Unternehmens im Alarm- und Sicherheitsbereich und den Bereichen Multimedia und Operatordienste.

Das künftige Ressort PMS, so die Planungsüberlegungen, muß sich am freien Arbeitsmarkt mit den entsprechenden Leistungsangeboten um Aufträge bemühen, wobei die Regeln des „freien Marktes“ und des "Wettbewerbs" gelten.

Weiterhin soll das Ressort PMS die Qualifikationen/Umqualifikationen seiner Mitarbeiter über Fortbildungsmaßnahmen organisieren, um den Anforderungen auf telekominternen Beschäftigungsfeldern gerecht zu werden.

Nach den Vorstellungen der Telekom-Zentrale Bonn wird pro Tripel ein PMS-Ressort eingerichtet, wobei auch Außenstellen entstehen können.

Zuständig wird hier der Bereich Netze sein, da in diesem Bereich mit den größten Personalüberhängen gerechnet wird.

Man geht dabei von 8 bis 10 Niederlassungen im Unternehmen aus, wobei an eine flächendeckende Einrichtung dieser Ressorts zur Zeit nicht gedacht wird.

Als Standorte für diese Ressorts PMS sind „exponierte“ Stellen mit „gravierenden“ Personalüberhängen vorgesehen.

In die einzurichtenden Ressorts PMS sollen nach Aussage von Dr. Klinkhammer entsprechende Bewertungen gelegt werden.

Laufbahnperspektiven für den mittleren technischen Dienst:

Eine Zusammenlegung der Laufbahnen des mittleren technischen und des mittleren nichttechnischen Dienstes wird von der Zentrale zur Zeit nicht forciert.

Für 1997 sollen zwei Aufrufe zum Verwendungsaufstieg erfolgen, wobei man nach den Vorstellungen des Unternehmens von 200 bis 300 Aufstiegsmöglichkeiten ausgehen kann.

Die Zentrale Bonn rechnet noch in diesem Jahr mit ca. 400 neuen Arbeitsplätzen in den PK-Niederlassungen: hiervon sind die Bereiche Telefon Marketing (TM), (01114 Hotline des Privatkundenvertriebs, Umzugsseice), betroffen.

Reform des öffentlichen Dienstrechts

Die Umsetzung der vorgesehenen Gesetzgebung auf die Belange der Deutschen Telekom AG erfolgt in Kürze.

Po/Rei

In eigener Sache

Sehr geehrte Kollegin, sehr geehrter Kollege!

Sie erhalten die VDFP-Nachrichten jetzt im Direktversand, also nach Hause. Bitte berücksichtigen Sie, daß es für die Redaktion zukünftig besonders wichtig ist, Ihre richtige Anschrift zu kennen. Bitte melden Sie deshalb jede Änderung Ihrer privaten Anschrift schriftlich an: VDFP-Redaktion, Postfach 10 22 25, 60022 Frankfurt am Main oder per Fax an die VDFP-Zentrale Frankfurt, Fax Nr. (069) 58 98 66. Wir bedanken uns für Ihre Mitarbeit.

W. Hörle

40 Jahre VDFP-Bundesvorstand

In diesen Tagen wird der VDFP-Bundesvorstand und somit auch der heutige Verband Deutscher Fernmeldetechniker auf Bundesebene 40 Jahre alt.

Das historische Datum war der 17. März 1957

An diesem Tage gründeten 29 Delegierte der regionalen BfT-Vereinigungen aus Braunschweig, Bonn, Darmstadt, Frankfurt am Main, Göttingen, Hannover, Kaiserslautern, Karlsruhe, Köln, Mannheim, Neustadt/Weinstraße, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart und Uelzen im Großen Sitzungssaal des Fernmeldeamtes 1 in Frankfurt am Main die

Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e. V. und wählten gleichzeitig den ersten VDFP-Hauptvorstand.

Weiterhin beschlossen die Delegierten, daß der Hauptvorstand als Zusammenschluß aller bestehenden BfT-Vereinigungen seinen Sitz in Frankfurt am Main hat.

Bei der Wahl des ersten Hauptvorstandes wurden die VDFP-Mitglieder

Franz Albert (Frankfurt)	als 1. Vorsitzender
Engelb. Fischer (Mannheim)	als 2. Vorsitzender
Georg Boß (Frankfurt)	als 1. Schriftführer

Rudolf Klein (Darmstadt)	als 2. Schriftführer
Rudolf Herborn (Frankfurt)	als 1. Kassierer u.
August Dänner (Frankfurt)	als 2. Kassierer

sowie

Karl Fischer (Frankfurt), **Walter Triller** (Hardt über Neustadt/Weinstraße) und **Oskar Gerstner** (Wahlschied/Saar) als Beisitzer gewählt.

Im April 1956 hatten die bestehenden regionalen BfT-Vereinigungen in einer "Arbeitsunterlage zum Zusammenschluß der BfT-Vereinigungen auf Bundesebene" die Notwendigkeit erkannt, sich bundesweit in einer Dachorganisation zusammenzuschließen.

Hierbei sollte die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post "eine Interessengemeinschaft ohne jede Bindung an politische Parteien und Berufsorganisationen darstellen.

„Ihr Arbeitsgebiet umfaßt alle Belange der Fernmeldetechniker der Deutschen Bundespost der Fachrichtung BfT und soll unter dem Namen VDFP ihren Zusammenschluß finden“.

Das Bestehen der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post und die Ausübung ihrer Tätigkeiten waren rechtlich aufgrund des Artikels 9 Absatz 3 des Grundgesetzes gesichert.

In diesem Grundgesetzartikel wird die Koalitionsfreiheit festgeschrieben:

„Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“

Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.“

Außerdem hatte das damalige Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen mit der Verfügung Nr. 66 im Amtsblatt Nr. 13/1951 zur gleichmäßigen Behandlung

der Berufsorganisationen verfügt:

„Es wird darauf hingewiesen, daß Anregungen, Wünsche, Vorschläge, Eingaben und Beschwerden aller Berufsorganisationen gleichmäßig zu behandeln sind.“

Auf die Größe und die Mitgliederzahl darf es dabei nicht ankommen“.

Franz Albert stellte nach seiner Wahl zum 1. Vorsitzenden des Hauptvorstandes in einem Grundsatzreferat fest, daß einer der Gründe des Zusammenschlusses der VDFP auf Bundesebene in „einem ständigen Absinken unserer Laufbahn seit der Besoldungsordnung des Jahres 1927“ festzustellen sei, „trotz Ausweitung unserer Aufgabengebiete bei einer immer schwieriger werdenden Technik“.

Nach Auffassung von Franz Albert war "eine entsprechende und zufriedenstellende Vertretung der BfT-Interessen bei den großen Berufsverbänden nicht immer klar erkennbar. Dies ist auch einer der Gründe für den Zusammenschluß auf Bundesebene.

Die Koordinierung der Forderungen in unseren eigenen Reihen zur Verbesserung der Stellung der BfT-Kräfte innerhalb des Beamtenkörpers der Deutschen Bundespost ist die vordringlichste Aufgabe des neuen VDFP-Hauptvorstandes“.

Mit der Gründung der VDFP auf Bundesebene waren die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Interessenvertretung des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost geschaffen, die sich nun zu bewähren hatte.

Einer ihrer Vorteile lag in dem Zusammenschluß von Mitgliedern e i n e r Laufbahn, die nur i h r e fachbezogenen Angelegenheiten diskutieren und mit beeinflussen.

„Nach unserer Auffassung können die besten fachbezogenen Aussagen über Laufbahnprobleme nur von den Betroffenen selbst erwartet werden“.

Der damalige Bundespostminister Richard Stücklen wurde umgehend vom Hauptvorstand schriftlich über die Gründung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e. V. informiert und auf die Besonderheiten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes bei den anstehenden Beratungen über die Neufassung des BBesG 1957 hingewiesen:

.....die mittleren fernmeldetechnischen Beamten der Laufbahn BfT Ihrer Verwaltung glauben, daß sie nicht von allen Seiten die

Beachtung erfahren, die ihnen aufgrund der übertragenen Aufgaben und Tätigkeiten zukommt.

Die fortschreitende Entwicklung der Fernmeldetechnik erfordert von dieser Laufbahngruppe eine ständige Steigerung von Wissen und Können.

Entgegen den gesteigerten Anforderungen ist wie bei der Besoldungsordnung von 1927 erneut eine Herabstufung in der neuen Besoldungsordnung beabsichtigt.

Wir sind der Ansicht, daß eine Einstufung und Bewertung unserer Tätigkeit **nicht** mit anderen mittleren Beamtengruppen gleichzusetzen sind

....die Angehörigen der Laufbahngruppe BfT des gesamten Bundesgebietes (einschl. Berlin und Saargebiet) sind nicht gewillt, die beabsichtigte Einstufung als gegebene Tatsache hinzunehmen.

Wir haben die Befürchtung, daß eine Minderbewertung nicht ohne entsprechende Auswirkungen auf die Verwaltung bleiben kann.

Wir bitten Sie, Ihren Einfluß geltend zu machen und alles veranlassen zu wollen, um der Unterbewertung einer Beamtengruppe Ihrer Verwaltung erfolgreich entgegenzutreten“.

Gleichlautende Schreiben gingen auch an den damaligen Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost, den Bundesminister des Innern, die im Bundestag vertretenen Parteien und die entsprechenden Bundestagsausschüsse sowie an alle im Bereich der Deutschen Bundespost vertretenen Gewerkschaften und Verbände.

Eine der vordringlichsten Aufgaben sah der Hauptvorstand im Jahre 1957 in den Beratungen des Deutschen Bundestages zur Neufassung des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG):

Aus dem Entwurf der Bundesregierung zu einer Besoldungsneuordnung 1957 waren frühzeitig Einzelheiten bekanntgeworden.

Insbesondere der im Entwurf vorgesehene Stellenschlüssel sowie die Einordnung des mittleren technischen Dienstes in das neue Besoldungsgefüge ließen befürchten, daß die BfT-Kräfte erneut - wie bei der Besoldungsneuordnung 1927 - ihrer Tätigkeit gemäß ungerecht eingestuft werden.

Durch zahlreiche persönliche Kontakte zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages und den entsprechenden Bundestagsausschüssen, den Bundesministern des Innern und der Finanzen sowie entsprechenden Eingaben konnte die VDFP erreichen, daß die Besitzstandswahrung für den mittleren technischen Dienst mit der damaligen Stellenzulage von DM 20,- für den Telegrafikermeister gewahrt wurde.

Darüberhinaus erreichte der VDFP-Hauptvorstand durch seine Initiativen, daß der im Referentenentwurf vorgesehene Stellenschlüssel für den mittleren technischen Dienst wesentlich verbessert wurde.

Durch den aktiven Einsatz des Hauptvorstandes wurde es möglich, die „Ablehnungsfront“ der Finanzminister des Bundes und der Länder gegen eine "unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Zulage" aufzubrechen.

Weiterhin mußte der Hauptvorstand gegen die Widerstände des „Bundesbeauftragten für die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung“ argumentieren (in dieser Eigenschaft war der Präsident des Bundesrechnungshofes aktiv in die Argumentationen eingebunden).

Nach Auffassung des Bundesrechnungshofes waren die Tätigkeiten der Kräfte des mittleren technischen Dienstes "noch zu gut bewertet".

Rückblickend kann heute nach 40 Jahren Abstand zu diesen ersten Aktivitäten festgestellt werden, daß durch den Einsatz des VDFP-Hauptvorstandes bei den Beratungen des BBesG vom 1957 die Forderung nach der **„Technikerzulage für a l l e Kräfte des mittleren technischen Dienstes“** als VDFP-Forderung artikuliert wurde.

Für den VDFP-Hauptvorstand waren diese Auswirkungen der Ansporn zu gesteigerter Aktivität und Wachsamkeit.

In den darauffolgenden Jahren hatte der Hauptvorstand bzw. der spätere VDFP-Bundesvorstand unter seinen Vorsitzenden

Franz Albert, Karl Fischer, Peter Behrend und ab 1996 *Franz Roschkowski* den Aufgabenkreis erweitert: ✓

Die Neugründung von Bezirksvereinigungen, die Herausgabe der VDFP-Nachrichten auf Bundesebene als Sprachrohr der Laufbahn des mittleren technischen Dienstes, Informationsgespräche und Fachgespräche mit dem Bundespostministerium und der heutigen Zentrale der Deutschen Telekom AG, den vielfältigen Kontakten zu den Parteien im Deutschen Bundestag, den entsprechenden Parlamentsausschüssen und den Berufsverbänden sind einige herausragende Punkte unserer aktiven Vorstandsarbeit.

Für die ständig wiederkehrenden Aufgaben, wie Bemessungen und Bewertungen von Dienstposten des mittleren technischen Dienstes sowie die Arbeitsorganisationsrichtlinien u.ä., hatte die VDFP Arbeitsgruppen der einzelnen Fachbereiche eingerichtet, die seit Jahren vorbildliche Arbeit leisten, nach dem Prinzip, das derjenige Kollege die beste praxisbezogene Aussage abgeben kann, der Tag für Tag mit dieser Praxis lebt.

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen führen deshalb die Fachgespräche bei der Deutschen Telekom Zentrale Bonn. ✓

Stellvertretend für unsere 40-jährige Tätigkeit möchten wir an einige markante VDFP-Aktivitäten erinnern:

- VDFP-Exposé zur Laufbahnneuordnung
- Dienstpostenbewertung auf analytischer Grundlage
- Das erste Besoldungsneuregelungsgesetz und seine Auswirkungen
- VDFP-Forderung nach einer Sonderlaufbahn für den mittleren technischen Dienst bei der Deutschen Bundespost
- Der paritätische Stellenschlüssel
- VDFP-Stellungnahme zur Neuordnung der Laufbahnstruktur im Fernmeldewesen
- VDFP-Repräsentativumfrage zur Bildung von Funktionsgruppen
- Neues Unterhaltungsverfahren UFe
- Umbewertung von CFt-Dienstposten in BfT-Dienstposten
- Überreichung der VDFP-Protестresolution mit 5.000 Unterschriften im Bundespostministerium

- VDFP-Aktion "Junge Beamte"
- Verwendungsaufstieg
- Einstieg für den mittleren technischen Dienst bei A 6
- Wiederherstellung der Anordnung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 24.03.1977, wonach 506 Dienstposten CFT im Verhältnis A 8 : A 9 = 20 : 80 in BfT-Dp umzuwandeln sind
- 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP
- Neuordnung des öffentlichen Dienstes
- Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens
- Postreform I und Postreform II
- Deutsche Bundespost TELEKOM
- Vorstellungen der VDFP zur Neuordnung der BfT-Laufbahn nach Einführung der Berufsausbildung zum Kommunikationselektroniker
- Entwurf der Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnordnung (APLO) für den mittleren technischen Dienst
- Privatisierung der Deutschen Bundespost Telekom
- Telekom Service 2000
- Technischer Fachwirt Telekom
- Regelaufstieg bzw. Fachaufstieg BfT/CfT
- Unternehmen Deutsche Telekom AG
- 6-Punkte-Programm der VDFP zur Besitzstandswahrung im mittleren technischen Dienst
- Masterplan 2000

Der VDFP-Bundesdelegiertentag 1996 in Darmstadt schaffte die Grundlagen für die Neufassung unserer Sat-

zung, die u.a. eine Anpassung an die neue Unternehmensstruktur und eine Neuorientierung unserer Aufgaben und Ziele beinhaltet.

Durch den Beschluß des Bundesdelegiertentages 1996 präsentiert sich die bisherige Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post künftig unter ihrem neuen Namen

Verband Deutscher Fernmeldetechniker.

Das bekannte VDFP-Emblem und die Kurzbezeichnung „VDFP“ bleiben unverändert erhalten.

Mit der Neuorientierung öffnet sich der VDFP für die Kräfte der Personalebene V bei den Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost sowie deren Tochterunternehmen und den entsprechenden Kräften des Hoheitsbereiches.

Franz Albert stellte vor 40 Jahren die Aktivitäten seines Hauptvorstandes unter das Motto: „Die Koordinierung der Forderungen aus unseren BfT-Reihen zur Verbesserung unserer Laufbahn ist die vordringlichste Aufgabe dieser Vereinigung“.

Der heutige Vorstand des Verbandes fühlt sich diesem Motto aus dem Jahre 1957 nach wie vor verpflichtet und sieht seine Aufgabe auch in der Zukunft darin, eine fachbezogene Berufspolitik weiterzuführen und fortzuschreiben.

B.-P. Reimann

Aus den Bezirken

Bezirk Hamburg

Der Bezirk hatte am 25. Februar 1997 seine Mitglieder zum Bezirksdelegiertentag 1997 eingeladen.

Der Bezirksvorsitzende Erich Sievers begrüßte die anwesenden Delegierten sowie die Gäste des Delegiertentages 1997:

- Herr Dipl.-Ing. Jüngst, AbtL PR, Direktion Hmb
- Frau Gisela Schamann, DPG Bez. Hmb
- Herr Werner Gutknecht, DPV Regionalverband Nord
- Herr Armin Kobarg, Vorsitzender VDPI-Landesverband Hmb
- Herr Friedrich Thom, Vertreter des örtlichen Betriebsrates DT Hmb

Der Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden folgte das angekündigte Referat zum Thema "Zukunftsperspektiven des mittleren technischen Dienstes unter Einbindung der Personalebene V", das von Dipl.-Ing. Jüngst vorgetragen wurde.

Einleitend erklärte Herr Jüngst die Personal-Entwicklung im Telekom Bezirk Nord nach heutigem Stand und belegte seine Ausführungen mit Angaben, aufgegliedert zu den Divisionen GK, PK und Netze, sowie für die Jahre 1996 bis 1998.

Mit dem Gesamtbetriebsrat wurden Sozialverträge, in denen GKS, PKS, BZN, mittelbare sowie unmittelbare Kräfte bei der DTAG erfasst sind, abgeschlossen. Schwierig jedoch wird, so Herr Jüngst, das sog. "Identifizieren", das

heißt: die Auswahl der Kräfte in den Überhang durch die Geschäftsleitung der jeweiligen Niederlassung und den örtlichen Betriebsrat. Wird keine Einigung erzielt, dann entscheidet die paritätisch besetzte Klärungsstelle; kommt hier auch keine Klärung zustande, greift das Betriebsverfassungsgesetz.

Herr Jüngst appellierte an die Delegierten, die Anregung weiter zu geben: sich nicht den neuen Anforderungen zu verschließen und bereit zu sein, auch Aufgaben in anderen Fachbereichen zu übernehmen. Im "Druckzentrum" z.B. besteht auf Dauer ein erheblicher Kräftebedarf, ebenso bei der Auskunft.

Ein Kräfteinsatz ist hier zur Zeit noch auf freiwilliger Basis vorgesehen.

Zum Schluß seiner Ausführungen verwies er auf die "altbewährten" Förderungsmaßnahmen, die auch weiterhin durchgeführt werden:

- Regelaufstieg nach § 12 der Postlaufbahnverordnung
- Verwendungsaufstieg nach § 13 der Postlaufbahnverordnung. (Zum 1. Juli 1997 werden Beförderungsmaßnahmen beim B-Aufstieg bis A 8 und beim C-Aufstieg bis A 12 ermöglicht.)
- Fachaufstieg
- Inanspruchnahme für die mittlere Laufbahn.

Nach einer ausführlichen Diskussion zu verschiedenen Vortragspunkten überbrachte Frau Schamann die Grüße der DPG. Sie bestätigte im wesentlichen die Ausführungen des Vorredners im Hinblick auf den Personalabbau.

Herr Gutknecht überbrachte die Grüße des DPV. Aus Sicht des DPV sollte die TELEKOM bereit sein, in sogenannten Nischenbereichen tätig zu werden. Man müsse nicht unbedingt sofort einen Gewinn erzielen, mahnte er die TELEKOM.

Seinem Ausblick auf das Jahr 1997 war zu entnehmen, daß noch ein Personalabbau von 12.500 Kräften zu erwarten ist.

Auf die Mitbewerber im Jahre 1998 hinweisend gab er zu bedenken, daß diese zum Teil selbst auf anderen Gebieten Monopolisten sind, und dieses teilweise sogar unter Staatsbeteiligung, was schon als recht merkwürdig zu bezeichnen sei.

Der Landesvorsitzende des VDPI-Landesverbandes Hamburg, Herr Kobarg, bedankte sich für die Einladung und gab einen Überblick über die Struktur des VDPI, dabei ging er auch auf die Probleme zur Mitarbeit durch Mitglieder ein.

Der Bezirksvorsitzende bedankte sich für die überbrachten Grüße und Ausführungen der Redner und beendete damit den offiziellen Teil des Delegiertentages.

Den internen Teil des Delegiertentages eröffnete der Stellvertretende Bezirksvorsitzende Roland Schulz mit dem Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes: Hierbei wurden die Aktivitäten des Vorstandes, die Arbeit in den Vorstandssitzungen, die Teilnahme am Bezirksvorstandstreffen und dem Bundesdelegiertentag 1996 ausführlich dargelegt.

Nach weiteren Ausführungen zu den Tätigkeiten des Be-

zirksvorstandes erklärte Roland Schulz, daß es beabsichtigt ist, künftig die Vorstandssitzungen in den Niederlassungen durchzuführen. Hierbei sollen verstärkt Werbeaktionen für den Verband durchgeführt werden.

Nach dem Kassenbericht, den Andreas Henning-Lelling vortrug, wurde die Entlastung des Bezirksvorstandes beantragt:

Die Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Bei der Wahl des Bezirksvorstandes, bei der der seitherige Vorsitzende Erich Sievers, der in den wohlverdienten Ruhestand versetzt wurde, nicht mehr als 1. Vorsitzender kandidierte, wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt:

Bezirksvorsitzender	Roland Schulz
Stellv. Bez.-Vorsitzende	Erich Sievers Rudolf Macanga
Kassierer	Andreas Henning-Lelling
Schriftführer	Rüdiger Westphal
Beisitzer	Klaus Baller; Joachim Bücking

Der neugewählte Bezirksvorsitzende Roland Schulz bedankte sich in seinem Schlußwort bei dem seitherigen Bezirksvorsitzenden für die geleistete Arbeit und wünschte dem neuen Vorstand eine erfolgreiche Arbeit und Zusammenarbeit in der kommenden Legislaturperiode.

Bei den anwesenden Delegierten bedankte er sich für die gute Mitarbeit. Mit der Bitte, den Gedanken der VDFFP in den Betrieben weiter zu geben, beendete er den Bezirksdelegiertentag.

We/Hö

Bezirk Franken

Die VDFFP-Franken veranstaltete am 30.11.96 im Casino des Südwestparks in Nürnberg ihre Jahreshauptversammlung 1996.

Der Bezirksvorsitzende Josef Mayer konnte neben den Delegierten aus den Bereichen Ansbach, Bad Kissingen, Bayreuth, Würzburg und Nürnberg auch den Ehrenvorsitzenden der VDFFP Franken, Franz Lankes, sowie den VDFFP-Bundesvorsitzenden Franz Roschkowski begrüßen.

In seinem Geschäftsbericht ging der Vorsitzende auf die im Berichtszeitraum durchgeführten 17 Sitzungen des Bezirksvorstandes, die Teilnahme an der Vorstandstagung und auf den Bundesdelegiertentag 1996 ein.

Weiterhin berichtete Josef Mayer über den 90. Geburtstag des VDFFP-Gründungsmitglieds **Franz Wolf**, der durch die Anwesenheit von Vertretern des Bezirksvorstandes und des Bundesvorstandes gewürdigt wurde,

Der Bezirksvorstand hatte sich aktiv an der Neufassung der VDFFP-Satzung beteiligt. An dieser Stelle galt der Dank des Bezirksvorstandes Adalbert Jakob für seine aktive Mitarbeit an der neuen Satzung. Mit der neuen Satzung, so stellte Josef Mayer fest, ist die Öffnung des VDFFP für die gesamte Personalebene V ermöglicht worden.

In seinen weiteren Ausführungen ging der Bezirksvorsit-

zende auf den Börsengang der TELEKOM, die Arbeitsplatzsituation im mittleren technischen Dienst im Bezirk, die Kontakte zur Industrie- und Handelskammer im Zusammenhang mit dem "Industriemeister" sowie die verschiedensten Aktivitäten des Bezirksvorstandes auf der Organisationsebene ein.

Mit einem Dank an alle Mitarbeiter des Bezirksvorstandes für ihre geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit beendete Josef Mayer seinen Geschäftsbericht.

Der Bundesvorsitzende Franz Roschkowski überbrachte die Grüße des VDFFP-Bundesvorstandes.

Zu Beginn seines Vortrags stellte er fest, daß sich der Personalbestand des Unternehmens bis zum Jahresende 1996 auf ca. 186.000 Kräfte beläuft. Innerhalb der nächsten fünf Jahre sollen noch weitere 45.000 Arbeitsposten abgebaut werden.

„Im Jahre 2001“, so Roschkowski, „sind trotz laufendem Personalabbau noch 12.000 Mitarbeiter im Unternehmen überfällig, trotz Vorruhestand und Abfindungsregelungen“.

Das Unternehmen will durch das Investitionsfeld Multimedia einen Umsatz von 1 Milliarde DM machen. Ob hierfür ausreichendes Personal vorhanden ist, kann zur Zeit vom Vorstand der Deutschen Telekom AG nicht beantwortet



Nach „25 Jahren“ als Kassierer trat Erich Beer nicht mehr zur Wiederwahl an. Der Bezirksvorstand bedankte sich für die hervorragende Arbeit mit einem kleinen Abschiedsgeschenk. (von links: Adalbert Jakob, Josef Mayer und der Kassierer Erich Beer.)

werden.

Der Sicherheitsbereich ist weiterhin ein lukrativer Geschäftszweig: Bundesweit werden hier 16 Milliarden DM jährlich umgesetzt. Nach Meinung der VDFP könnte das Unternehmen in diesem Bereich lukrative neue Geschäftsfelder eröffnen und so dem mittleren technischen Dienst neue Tätigkeiten eröffnen.

Im Bereich Technik Netze ist mit erheblichem Personalabbau zu rechnen. Durch den "Technologiesprung" sind handwerkliche Kenntnisse nicht mehr erforderlich. Pro-

dukt und Dienste sind heute so ausgebaut, daß immer weniger Personal benötigt wird.

Die Personalkapazität in den technischen Betriebsstellen ist an die eingesetzte Technologie gekoppelt; das heißt: neue rechnergesteuerte Systeme benötigen weniger Personal für Wartung und Pflege, das Personal hat nur die Aufgabe, die Bedienung der Anlagen zu gewährleisten. Eine weitere Rolle in den Überlegungen des Unternehmens spielt der Pro-Kopf-Umsatz: Zur Zeit beträgt er 300.000 DM; angestrebt wird 400.000 DM.

Am Schluß seiner Ausführungen appellierte Franz Roschkowski an die Anwesenden, sich dem Prozeß der Umorientierung zu stellen: "Wir alle müssen weg von unserer bisherigen Technikorientierung und der 'Entstörung vor Ort', hin zur Kundenorientierung mit Beratung und Verkauf".

Den Berichten des Kassierers und der Kassenprüfer sowie der erfolgten Entlastung des Bezirksvorstandes folgte die Neuwahl.

Bezirksvorsitzender:	Josef Mayer
Stellv. Bezirksvorsitzende:	Bernd Hirner
und	Adalbert Jakob
Schriftführer:	Dieter Hildner und Peter Krempel
Kassierer:	Werner Zitzmann
und	Roland Blickle
Beisitzer:	

Walter Mathes, Emanuel Kohler, Markus Braun, Johann Mühlberger, Bernd Dresel und Arnold Obermeier

Hi/Rei

An den
Verband Deutscher
Fernmeldetechniker
Postfach 10 22 25
60022 Frankfurt/Main

Zur Weitergabe an Ihren Kollegen

hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V.

Mit dem monatlichen Beitragsabzug von meinem Gehaltskonto erkläre ich mich einverstanden. Dieses Einverständnis kann ich nur gegenüber dem Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V. widerrufen.

Erklärung zum Datenschutz:

Die nachfolgenden Daten sind nur den zuständigen Sachbearbeitern des VDFP zugänglich!

Name: _____ Vorname: _____ Geburtstag: _____

Anschrift: (Straße) _____ (PLZ, Wohnort) _____

Amtsbez.: _____ Pers.Nr.: _____ Telefon: (Privat) _____

Niederlassung: _____ Außenstelle: _____ Ressort: _____

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

**V • D • F • P Verband Deutscher Fernmeldetechniker
Bundesvorstand**

An alle Mitglieder !

KÖNNER KNÜPFEN KONTAKTE

Wir führen Gespräche mit Parlamenten, Parteien und Verbänden
und wir reden in der Zentrale u. a. über:
Personalsituation, neue Beschäftigungsfelder,
Reform des öffentlichen Dienstrechtes

Werbeaktion bis zum 31. Oktober 1997

Machen Sie doch einfach mit !

Für 5 neu geworbene Mitglieder erhalten Sie als Prämie eine

T-Aktie

darüberhinaus nehmen alle Werber an einer Verlosung mit folgenden Einzelpreisen teil:

1. Preis = 333.- - DM • 2. Preis = 222.- - DM • 3. Preis = 111.- - DM

sowie weitere 10 T-Aktien

Senden Sie bitte die umseitige Beitrittserklärung eines neu geworbenen Mitglieds bis zum

31.10.1997 (Datum des Poststempels)

an den VDFP-Bundesvorstand, Postfach 10 22 25, 60022 Frankfurt

Die Auslosung findet am 07.11.97 durch den Bundesvorstand

in der VDFP-Geschäftsstelle statt.

(Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt)

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.
Postfach 102225, 60022 Frankfurt am Main

Druck: Manfred Stiegler · Druck & Design · Ringstraße 9
78359 Orsingen

Verantw. Redaktion: Waldemar Hörle
Telefon: (069) 57 1655. Telefax: (069) 58 9866
Bernd-Peter Reimann Telefon: (069) 63 9283

Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der **VDFP** oder der **Redaktion** dar. Die Redaktion behält sich das Recht vor, die eingesandten Artikel zu überarbeiten und ggf. zu kürzen. Eine Zurücksendung von Manuskripten und Bildern erfolgt nur bei entsprechendem Hinweis durch den Einsender.

Ständige Mitarbeit: Rolf Klug = (02331) 202-5252
Lothar Siewert = (02331) 203-2291
H.-Joachim Heuser = (069) 211-3155

32. Jahrgang
Ausgabe 3/1997

Inhalt

Seite 2

**Bezirksvorstände-
tagung 1997 in
Fulda**

Seite 3

Wir gratulieren

Seite 4

**Verwendungsauf-
stieg 1997**

In eigener Sache

Aus den Bezirken:

Seite 5

BzV Südbayern

Seite 6

**BzV Nord-
württemberg**

Seite 7

BzV Rheinland

BzV Hamburg

BVW-Sonderpreis

Seite 8

**Werbeaktion
Beitrittserklärung**

Redaktionsschluß für die
nächste Ausgabe ist am
08. November 1997

PRESSE - INFORMATION

(Herausgegeben zum Bezirksvorständetreffen für die örtliche Presse im Bereich Fulda.)

Arbeitstagung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP) in Petersberg bei Fulda

Der VDFP-Bundesvorstand und die Vorstände der 18 Bezirksvereinigungen der VDFP treffen sich am 6. und 7. Juni 1997 in Petersberg bei Fulda im Hotel Berg-hof zu einer Arbeitstagung.

Im Mittelpunkt dieser zweitägigen Veranstaltung stehen Fragen und Probleme der Kräfte des mittleren technischen Dienstes der ehemaligen Deutschen Bundespost in den Nachfolgeunternehmen TELEKOM, POSTDIENST, POSTBANK, deren Tochter-gesellschaften und den gleichgestellten Kräften des Hoheitsbereiches.

Die Kräfte des ehemaligen mittleren Dienstes sind heute in der "Personalebene V" zusammengefaßt, und hier ist - auch in den kommenden Jahren - mit verstärktem Personalabbau zu rechnen.

Insbesondere die beabsichtigten Personalreduzierungen des Unternehmens TELE-KOM bis zur Jahrtausendwende, die künftigen beruflichen Fortkommensmöglich-keiten und die Personalbedarfsentwicklung stehen im Mittelpunkt der Petersber-ger Arbeitstagung.

Hinzu kommt die eingeführte Divisionalisierung im Unternehmen TELEKOM; diese erfordert vom Personal eine ständige Anpassung an neue Arbeitsgebiete mit fach-lich unterschiedlichen Aufgabeninhalten.

In diesem Zusammenhang wird sich daher die Arbeitstagung in differenzierten Ar-beitsgruppen mit den neuen Geschäftsfeldern der Deutschen Telekom AG befassen und deren Auswirkungen auf dem Personalsektor untersuchen und dokumentie-ren.

Ein weiterer Punkt der Arbeitstagung liegt in der Anpassung der bisherigen VDFP-Organisationsstruktur an die neuen Gegebenheiten der Bundespost-Nach-folgeunternehmen TELEKOM, POSTDIENST und POSTBANK .

Als Berufsgruppenvertretung mit 8.000 Mitgliedern sieht die VDFP ihre Aufgabe nicht darin, Anweisungen der Konzerne kommentarlos zu vertreten, sondern durch konstruktive und kritische Begleitung der Unternehmenspolitik deren Aus-wirkungen auf den mittleren technischen Dienst zu verfolgen.

Frankfurt am Main, den 02.06.1997

**Waldemar Hörle
VDFP - Pressestelle**

Bezirksvorständetagung 1997 in Fulda —

Die Vorstände der 18 VDFP-Bezirksverbände zu Gast in Hessen.

Der VDFP-Bundesvorstand und die Vorstände der 18 Bezirksverbände des VDFP (Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V.) trafen sich am 6. und 7. Juni 1997 in Petersberg bei Fulda zu einer Arbeitstagung.

Der Vorsitzende des VDFP-Hessen, Karl Schäffer, begrüßte die Teilnehmer sowie die zur Tagung eingeladenen Gäste:

- Franz Roschkowski, VDFP-Bundesvorsitzender
- Peter Behrend, ehem. VDFP-Bundesvorsitzender
- die ehemaligen Bezirksvorsitzenden Josef Rieger und
- Paul Heil sowie das langjährige Vorstandsmitglied
- Erwin Wehner.

Nach einem Rückblick auf die seitherige Arbeit des VDFP sagte er u. a.: „Wir können zurückschauen auf eine erfolgreiche Vergangenheit, deshalb können wir auch einer vielversprechenden Zukunft gelassen entgegensehen.“ Seine weiteren Ausführungen waren auf Inhalt und Ablauf der Tagung ausgerichtet:

Die Themen dieser zweitägigen Veranstaltung befassen sich ausschließlich mit Fragen und Problemen der Kräfte des mittleren technischen Dienstes der ehemaligen Deutschen Bundespost in den Nachfolgeunternehmen TELEKOM, POSTDIENST, POSTBANK, deren Tochtergesellschaften sowie den entsprechenden Kräften des Hoheitsbereiches.

Die Kräfte des mittleren technischen Dienstes sind heute in der „Personalebene V“ zusammengefaßt, und hier ist, auch in den kommenden Jahren, mit verstärktem Personalabbau zu rechnen. Insbesondere die beabsichtigten Personalreduzierungen des Unternehmens TELEKOM bis zur Jahrtausendwende, die künftigen beruflichen Fortkommensmöglichkeiten und die Personalbedarfsentwicklung stehen daher im Mittelpunkt dieser Arbeitstagung.

Hinzu kommt die eingeführte Divisionalisierung im Unternehmen TELEKOM; sie erfordert vom Personal eine ständige Anpassung an neue, sich ständig ändernde Arbeitsgebiete, mit fachlich unterschiedlichen Aufgabeninhalten.

In diesem Zusammenhang wird sich die Arbeitstagung auch mit den neuen Geschäftsfeldern der Deutschen Telekom AG befassen und deren Auswirkungen auf dem Personalsektor untersuchen.

Der Bundesvorsitzende überbrachte die Grüße des Bundesvorstandes und wechselte in seinem Bericht, den er gemeinsam mit seinen Stellvertretern Lothar Siewert und Hermann Muth vortrug, nach einem kurzen Rückblick auf die 40-jährige Arbeit des VDFP auf Bundesebene, in das Tagesgeschehen rund um den mittleren technischen Dienst:

Dabei stellte er die Zukunft des Verbandes unter das Motto: „Überleben durch Öffnung“. Es ist dabei zu bedenken, daß die DTAG anstrebt, den mittleren Dienst auf nur eine Laufbahn zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang werden heute bereits Dienstposten im BF-Bereich gemischt (BF/BFt) ausgeschrieben und auch mit BFt-Kräften aus dem Überhang besetzt.

In seiner Betrachtung der VDFP-Arbeit begründete er die Notwendigkeit des Verbandes mit der Feststellung:

„Eine Interessenvertretung über die Ebenen der Niederlassungen hinaus, ist ohne Verband nicht möglich. Aber es ist gerade in der heutigen Situation notwendig, die Situation des mittleren Dienstes und der Personalebene V auf den höchsten Ebenen zu vertreten. Der VDFP ist auf Grund seiner 45-jährigen Tätigkeit in der Berufspolitik dazu prädestiniert und ein anerkannter Gesprächspartner in den zuständigen Ministerien und der Zentrale des Unternehmens.“

Im Jahre 2001 kommen nach heutigem Stand mehr als 11.000 Kräfte in den „Personalüberhang“; das heißt: quer durch alle Bereiche (auch C/D-Dienst) fallen Tätigkeiten weg.

Die Forderung des VDFP, sich auf neuen Geschäftsfeldern zu betätigen (z.B. Fernwirk- und Warnmeldeanlagen - hier allein 16 Mrd. DM Umsatz) sowie Masterplan 2000/2001 werden nur schleppend umgesetzt, obwohl entsprechende Ressourcen vorhanden sind.

Eine Kommunikationsoffensive, bezogen auf externe und interne Kunden, ist für Mitte '97 angekündigt. Ziel ist: Nach der „Freigabe 1998“ einen hohen Marktanteil zu halten und damit Arbeitsplätze bei der DTAG zu sichern.

Resultierend aus dem Versorgungsbericht sind für Beamte neue „Grausamkeiten“ geplant:

- Anhebung der besonderen Altersgrenzen um ein bei Polizei, Feuerwehr, Justizvollzugsdienst
- Einführung einer sog. Teildienstfähigkeit; zu befürchten sind Einschnitte bei der Pensionierungspraxis nach Ablauf der 55er-Regelung
- Änderungen im Besoldungsrecht, das könnte bedeuten:
Wegfall der Dynamisierung, Aufhebung und Zusammenfassung sowie Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit von Stellenzulagen
- Einfrierung der jährlichen Sonderzuwendung (sog. Weihnachtsgeld) auf den Stand 1993 für unbestimmte Zeit
- Kürzung der vorgenannten Sonderzuwendung für Versorgungsempfänger innerhalb von drei Jahren auf 50 %
- Verlängerung der Wartezeit für Versorgung aus dem letzten Beförderungsjahr auf drei Jahre

- Versorgungsbeitrag von Beamten und Versorgungsempfängern ab dem Jahre 2001
- Anrechnung der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit für Dienstanfänger erst ab dem 22. Lebensjahr
- Versorgungsabschlag bei Schwerbehinderten, die nicht dienstunfähig sind; 1,8 % pro Fehljahr

Franz Roschkowski schloß mit der Bemerkung, daß vermutlich nicht alle Maßnahmen, wie zur Zeit gedacht, zum Tragen kommen, stellte aber im Bezug auf die Versorgungsempfänger „menschliche Betrachtung“ bei künftigen Entscheidungen in Frage.



Karl Schäffer, Vorsitzender des VDFP-Hessen und der VDFP-Bundesvorsitzende Franz Roschkowski (v. links) verfolgen aufmerksam die Beiträge der Bezirksvertreter.

Der Stellvertr. Bundesvorsitzende Lothar Siewert führte aus, daß die Empfehlungen der Vorständetagung 1995 zum größten Teil umgesetzt wurden. Speziell erwähnte er die Umbenennung der VDFP in „Verband Deutscher Fernmeldetechniker“ und den eingeführten Direktversand der VDFP-Nachrichten.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Zentrale eine Neuausrichtung der Fortbildung (z.B. Seminare für Sicherheitssysteme). Allerdings sind Kräftegruppen und Fachrichtungen hierfür noch nicht bekannt.

Bisher wurden, so führte er weiter aus, 250 BfT-Kräfte in die technisch-kaufmännische Fachrichtung (PK) umqualifiziert, jedoch - so die Vorgabe der Zentrale - ist dies „auf Halde“ nicht möglich.

Hermann Muth, Stellvertr. Bundesvorsitzender, berichtete, daß bei PMS (Projekt Management Service) - entgegen bisheriger Darstellungen - nicht das Personal aus dem Überhang „geparkt“ werden soll, vielmehr soll PMS als eigenständiges Ressort mit einer Kernmannschaft Aufträge erledigen und bei Bedarf geeignete Kräfte hinzuziehen.

Im weiteren Verlauf wurden drei Arbeitskreise gebildet, die bis in den späten Abend diskutierten und am 2. Sitzungstag die Ergebnisse ihrer Beratungen vortrugen.

Der ArbKr 1 (VDFP und seine Organisation) empfiehlt die Erstellung einer Strukturanalyse und nach deren Auswertung eine daran angepaßte Neuorganisation des Verbandes. Hervorzuheben ist hierbei der Vorschlag zum Zusammenschluß von Bezirken und Ortsvereinigungen nach den regionalen Geschäftsfeldern der DTAG.

Vom ArbKr 2 (VDFP und der Bereich Beamte) wurde vorgeschlagen, die Besitzstandswahrung, die Erhaltung von Leistungszulagen, Pensionen und Sonderzahlungen für Beamte zu sichern und sich für neue Beschäftigungsfelder einzusetzen.

Dagegen machte **der ArbKr 3 (VDFP und der Tarifbereich)** keine Aussage über die Zukunft des mittleren Dienstes und stellte fest, daß zu beobachten ist, daß Beamte durch Inanspruchnahme als Tarifkräfte umgesetzt werden. Hierbei ist, so der ArbKr, insofern Vorsicht geboten, daß keine Verschlechterung der Bezahlung eintritt.

In seiner Abschlußrede bedankte sich der Bezirksvorsitzende Karl Schäffer für die rege und sachbezogene Mitarbeit aller Tagungsteilnehmer und erklärte, nach guten Wünschen für die Heimreise, die Bezirksvorständetagung 1997 als beendet.

Waldemar Hörle

Wir gratulieren unserem langjährigen Mitarbeiter

August Dänner

der am 16. Juli 1997 das 85. Lebensjahr vollendete.

Als Gründungsmitglied auf Bezirks- und Bundesebene war er von 1953 bis 1972 für die Belange des mittleren technischen Dienstes aktiv tätig, ab 1972 koordinierte er jahrelang die Kontakte zwischen dem Bundesvorstand und den Bezirken.

Sein jahrelanger ehrenamtlicher Einsatz für die Belange des mittleren technischen Dienstes wurde 1989 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes eindrucksvoll gewürdigt.

Der VDFP-Bundesvorstand und das Kollegium der VDFP-Redaktion wünschen ihm für die weiteren Lebensjahre Glück und Zufriedenheit.

Franz Roschkowski
VDFP-Bundesvorsitzender

Waldemar Hörle
VDFP-Redaktion

Verwendungsaufstieg 1997

Für die im Planungszeitraum 1997 vorgesehene Maßnahme „Verwendungsaufstieg von B nach C“ hat die DTAG Zentrale Bonn jetzt die Aufstiegsquoten für die Laufbahnen Ct und CPF freigegeben.

Aufgrund der zu erwartenden Personalbedarfs und -bestandsentwicklung sind folgende Aufstiegsquoten vorgehen:

102 Ap für den Verwendungsaufstieg BF/CPF

159 Ap für den Verwendungsaufstieg Bt/Ct

Der Aufruf zum Verwendungsaufstieg sowie die Zulassungsbedingungen sind mit der Mitteilung 13/1997 in der Deutschen Telekom Offiziell, Nr. 20/1997, Ausgabe vom 09.07.97, veröffentlicht worden.

Mit dem Inkrafttreten des Dienstrechtsreformgesetzes wurde die Möglichkeit zur Erweiterung des Verwendungsbereiches für Verwendungsaufsteiger in den gehobenen Dienst nach der BesGr A 12 eröffnet, wenn der Bundespersonalausschuß (BPersA) oder ein von ihm zu bestimmender Ausschuß auf Antrag der obersten Dienstbehörde wegen der besonderen Eignung des Beamten im Einzelfall die Beschäftigung auf einem Amt der BesGr A 12 erweitert hat.

Auf Antrag der DTAG hat der BPersA der Bildung unabhängiger Ausschüsse zur Feststellung auf die Erweiterung der Befähigung auf ein Amt der BesGr A 12 entsprochen (befristet bis 31.12.1998).

Unter folgenden Voraussetzungen kann die Feststellung der erweiterten Befähigung gestellt werden:

- 1.) Eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Beurteilung ist Voraussetzung. Diese muß sich über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren nach der Beendigung der Einführung erstrecken.
- 2.) Die Dienstzeit seit der Verleihung eines Amtes der BesGr A 11 muß mindestens zwei Jahre betragen.
- 3.) Der Anteil der Beamten, die ein Amt der BesGr A 12 erreichen, soll grundsätzlich 15 % der im Geschäftsbereich der antragstellenden obersten Dienstbehörde nicht übersteigen.

Der Vorstand der DTAG entscheidet dann aufgrund der prozentualen Vorgabe des BPersA, ob die erheblich über dem Durchschnitt liegenden Leistungen eine Vorstellung des Aufstiegsbeamten vor dem Ausschuß rechtfertigen. Diese Vorstellung beinhaltet eine erweiterte Befähigungsfeststellung.

Stellt der Ausschuß eine Erweiterung auf ein Amt der BesGr A 12 fest, kann sich der Verwendungsaufsteiger um den Beförderungsdienstposten A 12 seines Verwendungsbereiches wie C-Kräfte mit anderen Zugangsvoraussetzungen bewerben.

In eigener Sache

Die vom Bundesdelegiertentag 1996 verabschiedete Satzungsänderung ist vom Vereinsregister beim Amtsgericht in Frankfurt am Main am 14.08.97 genehmigt worden.

Die bisherige Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post präsentiert sich nun unter der neuen Bezeichnung

-Verband Deutscher Fernmeldetechniker-



wobei das bisherige VDFP-Emblem

und die Kurzbezeichnung VDFP erhalten bleiben.

Mit der beschlossenen Neuorientierung des Verbandes öffnet sich der VDFP für das Personal der Personalebene V bei den Nachfolgeunternehmen der DBP und deren Tochtergesellschaften sowie dem Personal des Hoheitsbereiches.

Verband Deutscher Fernmeldetechniker Der Bundesvorstand

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben den Direktversand der VDFP-Nachrichten (fast) „erfolgreich“ eingeführt. Aber wir haben uns damit eine Menge Schwierigkeiten eingehandelt. Die Schwierigkeiten liegen nicht darin, die Anschriften aller Mitglieder auf dem neuesten Stand zu halten sondern darin, die Anschriftenveränderungen zu erfahren.

Um eine ordnungsgemäße Zusendung von Informationen zu gewährleisten, ist es Voraussetzung die Anschriftenänderungen zu kennen.

Daher bitten wir Sie dringend, Veränderungen Ihrer Anschrift dem VDFP-Bundesvorstand, Postfach 10 22 25, 60022 Frankfurt/Main; mitzuteilen. Einfacher geht es per Telefax, nämlich an die VDFP-Zentrale Frankfurt,

Fax Nummer: 069 - 58 98 66

W. Hörle

Aus den Bezirken

BzV Südbayern -

Dringende Fragen an die Politik

Im Zusammenhang mit einer bezirklichen Arbeitstagung der VDFP-Südbayern am 06. März 1997 in Kaufbeuren hatte sich der Bezirksvorstand mit einem Fragenkomplex an den Bundestagsabgeordneten Kurt J. Rossmanith, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag sowie stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, gewandt.

MdB Rossmanith vertritt den Wahlkreis 243 (Ostallgäu) im Deutschen Bundestag.

Insbesondere Fragen zur Beamtenstruktur bei der Deutschen Telekom AG (DTAG), der Personalabbau im mittleren technischen Dienst und die damit verbundenen beruflichen Chancen im Unternehmen sowie die Bildung eines „Pensionsfonds“ für Beamte bei Telekom standen u.a. im Mittelpunkt der dringenden Fragen an die Politik.

Aus dem mittlerweile bei der VDFP-Südbayern eingegangenen umfangreichen Antwortschreiben von MdB Kurt J. Rossmanith kann aus redaktionellen Gründen nur auszugsweise eingegangen werden.

Frage: Wie lange bleibt die Beamtenstruktur bei der DTAG erhalten?

Antwort: „Das Beamtenverhältnis ist nach Artikel 33 Absatz 4 des Grundgesetzes nicht nur ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis, sondern auch ein öffentlich-rechtliches Treueverhältnis.

Der Dienstherr Bund, in dessen Diensten die bei den Post-Aktiengesellschaften beschäftigten Beamten stehen, kann dieses Dienst- und Treueverhältnis von sich aus nur bei Vorliegen gesetzlich genau bestimmter Gründe beenden.

Diese Beendigungsgründe müssen den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums entsprechen.

Die Umwandlung öffentlicher Unternehmen in Aktiengesellschaften gehört nicht zu diesen Gründen.

Diese Rechtsposition wurde im Bezug auf die Postreform II bekräftigt, indem der Artikel 143 Absatz 3 in das Grundgesetz eingefügt wurde: Dort heißt es, daß die bei der Deutschen Bundespost beschäftigten Beamten unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn bei den Post-Aktiengesellschaften beschäftigt werden.

Dienstherr der bei den Post-Aktiengesellschaften beschäftigten Beamten der Bund ist und das sich ihre gegen den Dienstherrn gegebenen Ansprüche, wie Besoldung und Versorgung, gegen den Bund richten.

Zwar obliegt den Post-Aktiengesellschaften die Zahlungs- und Kostenpflicht bezüglich der Besoldung und der Versorgung. Das ändert jedoch nichts daran, daß der Bund bezüglich der Erfüllung dieser Ansprüche Gewährsträger ist und deshalb erforderlichenfalls für ihre Realisierung selbst Sorge tragen muß.“

Frage: Personalabbau und berufliche Chancen im mittleren technischen Dienst

Antwort: „Die Anzahl der Arbeitsplätze im mittleren technischen Dienst wird sich stark reduzieren. Dieser Sachverhalt ist u.a. begründet im Rückgang der Investitionen in den Netzausbau sowie dem Einsatz moderner Systeme.

In 1996 hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der mittleren technischen Laufbahn um ca. 4.800 verringert.

Der Bestand an Mitarbeitern/Innen dieser Laufbahn reduzierte sich im gleichen Zeitraum um etwa 4.100.

Generell muß gesagt werden, daß junge Mitarbeiter, auch junge Beamte, im Unternehmen (DTAG) eine berufliche Zukunft und Perspektiven haben.

Im Unternehmen fallen nicht nur Arbeitsplätze weg. Es entstehen auch ständig neue Tätigkeitsfelder und somit sind für junge Mitarbeiter gute Berufschancen gegeben,

Umsetzungen von Mitarbeitern in Behörden werden durch das Unternehmen nicht geplant.

Es besteht aber die Möglichkeit, daß Beamte, die bei der DTAG beschäftigt sind, auf Grund eigener Bemühungen zu Behörden versetzt werden.

Benachteiligungen im Beruf sind für Mitarbeiter des mittleren technischen Dienstes nicht gegeben.

Die Möglichkeiten des Verwendungs- und des Regelaufstiegs in den gehobenen fernmeldetechnischen Dienst bestehen unverändert weiter.

Des weiteren wird die DTAG die berufliche Umorientierung z. B. in ein nichttechnisches Aufgabengebiet durch geeignete Umqualifizierungsmaßnahmen unterstützen.

„Frage: Bildung eines „Pensionsfonds“

Antwort: „Bei der Gründung der Deutschen Telekom AG am 02.01.95 wurde für die Versorgung der ehemaligen Beamten und ihrer Hinterbliebenen eine Unterstützungskasse in Form eines eingetragenen Vereins errichtet. Dieser Unterstützungskasse flossen erstmalig im Jahr 95 Finanzmittel der DTAG zu. Die DTAG ist nach dem Postpersonalrechtsgesetz zur jährlichen Zahlung der Finanzmittel an die Unterstützungskasse verpflichtet.“

In den Vorausberechnungen für den Auszahlungsbedarf an die Versorgungsempfänger wurde von der Annahme ausgegangen, daß bis zum Jahre 1999 die Jahresraten in Höhe von 2,9 Milliarden DM den Gesamtfinanzierungsbedarf der Unterstützungskasse der DTAG decken. Aus heutiger Sicht werden die Jahresraten der DTAG in vollem Umfang zur Auszahlung an die Versorgungsempfänger benötigt, so daß in dem Zeitraum bis zum Jahr 99 keine Überschüsse bei der Unterstützungskasse entstehen werden.

Für den Fall, daß die Jahresraten der DTAG nicht ausreichen, den Finanzbedarf der Unterstützungskasse zu decken, werden gemäß Postpersonalrechtsgesetz aus Dividendeneinnahmen und Veräußerungserlösen aus dem Verkauf von Aktien eventueller Finanzmehrbedarf der Unterstützungskasse der DTAG durch den Bund ausgeglichen."

Johann Ziegler

BzV Nordwürttemberg:

Bezirksdelegiertentag 1997 der Bezirksvereinigung Nordwürttemberg am 17.04.97 im Otto-Riethmüller-Haus in Stuttgart-Bad Cannstatt

Zum Bezirksdelegiertentag 1997 konnte der Bezirksvorsitzende Ralf Griesinger neben den Delegierten aus allen württembergischen VDFP-Orstvereinigungen die anwesenden Ehrengäste begrüßen:

Dipl.-Ing. Peter Rinklef,	Präsident Dir TN Karlsruhe
Dipl.-Ing. Otto Bohner,	Vizepräsident Dir GK Stuttgart
Dipl.-Ing. Hartwig Hohlmann,	Abteilungsleiter Personal und Recht, Dir PK Freiburg
Dipl.-Ing. Schulze,	Leiter NL TN Stuttgart 1
Dipl.-Ing. Hermann Lude,	DeTe Immobilien Stuttgart
Dipl.-Ing. Werz,	VDPI-Bezirk Stuttgart
Werner Bossert,	DPG-Bezirk Stuttgart
Herr Dannenberger,	CGP-Bezirk Südwest

Der VDFP-Bundesvorstand war durch seinen Bundesvorsitzenden Franz Roschkowski und dessen Stellvertreter Hermann Muth vertreten.

In seiner Eröffnungsrede ging der Bezirksvorsitzende Ralf Griesinger auf die aktuelle Situation des Unternehmens Deutsche Telekom AG ein: Die Personaleinsparungen im mittleren technischen Dienst, die Änderungen der Organisationsform und die neue Unternehmensstruktur standen dabei im Mittelpunkt seiner Ausführungen.

In seinem Grußwort sprach der Präsident der TN Direktion Karlsruhe, Dipl.-Ing Rinklef, die Wettbewerbssituation des Unternehmens an, dabei betonte er die Notwendigkeit, den Pro-Kopf-Umsatz zu steigern und die Kostenminimierung voranzutreiben.

„Der erfolgreiche Börsengang der Deutschen Telekom hat das weltweite Vertrauen in unser Unternehmen aufgezeigt, dieses Vertrauen verpflichtet“, so betonte Rinklef und wies auf die Erfolge im Jahre 1997 bei der Volldigitalisierung des Fernsprechnetzes im Bereich Südwest hin.

Die Personalstruktur im mittleren technischen Dienst im Bezirk Stuttgart waren weitere Punkte in den Ausführungen von Präsident Rinklef, die er mit den besten Wünschen für die weitere Tätigkeit der VDFP-Nordwürttemberg schloß.

„Die Zukunft des mittleren technischen Dienstes im Unternehmen Deutsche Telekom AG“

Unter diesem Motto stand das Referat des VDFP-Bundesvorsitzenden Franz Roschkowski, der sich eingangs mit dem vorgesehenen Personalabbau der kommenden Jahre befaßte:

Bis zum Jahre 2001 kommen nach heutigem Stand 33 000 Kräfte in den Personalüberhang; das heißt in allen Bereichen fallen Tätigkeiten weg, auch im C- und D-Dienst.

Aus dieser Erkenntnis heraus forderte Franz Roschkowski neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die BfT-Kräfte und wies auf die VDFP-Forderung nach dem Ausbau des Geschäftsfeldes Fernwirk- und Warmmeldeanlagen hin, zumal auf diesem Gebiet bundesweit allein 16 Milliarden DM umgesetzt werden.

Die Deutsche Telekom AG hat für Mitte 1997 eine Kommunikationsoffensive gegenüber externen und internen Kunden angekündigt. Sie verspricht sich hierdurch den bisherigen Marktanteil von 70 % nach 1998 (Freigabe des Netzmonopols) zu halten.

Die vorgesehenen Fachaufstiege 1997, das betriebliche Vorschlagswesen, die Besetzung von Arbeitsposten der Personalebene V mit BfT- und BF-Kräften und die Forderung nach schneller Realisierung des Masterplans 2000 bildeten weitere Punkte seiner Ausführungen.

Franz Roschkowski schloß seine Ausführungen in der Hoffnung, daß bis zur Freigabe des Netzmonopols die Deutsche Telekom AG eine so hohe Kundenzufriedenheit erreicht, daß unsere Kunden keinen Grund sehen, ihre Kommunikationsdienstleistungen bei Dritten einzukaufen.

Im internen Teil des Bezirksdelegiertentages erfolgte der Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes durch den Bezirksvorsitzenden Ralf Griesinger sowie der Kassenbericht von Ulrich Mugrauer, dem die Kasseprüfer eine korrekte und übersichtliche Kassenführung bestätigten. Der daraufhin beantragten Entlastung des Bezirksvorstandes wurde vom Bezirksdelegiertentag zugestimmt.

Bei den Neuwahlen des Bezirksvorstandes ergab sich folgende Zusammensetzung:

Ralf Griesinger	Bezirksvorsitzender
Hans Maier und	
Werner Hommel	Stellvertr. Bezirksvorsitzende
Ulrich Mugrauer	Kassierer
Reinhard Braun	Stellvertr. Kassierer
Herbert Rolshausen	Schriftführer
Ulrich Veyel	Stellvertr. Schriftführer

Als Beisitzer wurden Anton Breittkopf, Rolf Calmbach, Reinfried Kirchhof, Hans Kraft, Manfred Preiß, Erwin Rathgeb, Martin Saupp, Erich Schiller, Rolf Sorg, Ulrich Schneider, Thomas Weber und H.-P. Weigel gewählt.

VDFP-Nordwürttemberg

BzV Rheinland

Am 24. April 1997 veranstaltete die VDFP-Rheinland in Koblenz ihre diesjährige Jahreshauptversammlung.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Teils der Jahreshauptversammlung stand ein Referat zum Thema „Die Anforderungen und Chancen der Beschäftigten der Personalebene V aus der Sicht der Deutschen Telekom AG“.

Hierfür konnte der Leiter der DTAG Niederlassung 1 in Koblenz, *Dipl.-Ing. Ludwig Krämer*, als kompetenter Fachmann gewonnen werden.

In seinen interessanten Ausführungen ging Ludwig Krämer auch auf die Neubildung des Ressort „Projekt Management Service“ sowie die Bedingungen bei einem Wechsel zu einer Tochterfirma des Unternehmens ein.

Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes wurden

Dieter Kimminus als	Vorsitzender
Werner Kammel und	
Klemens Schwarz als	Stellvertretende Vorsitzende
Robert Vosen und	
Michael Schulz als	Schriftführer sowie
Karl Heinz Hötling und	
Frank Krafczyk als	Kassierer gewählt.

In Anerkennung seiner Verdienste für die Angelegenheiten seines Berufstandes wurde der langjährige Vorsitzende der VDF-Rheinland, Andreas Damian, von der Jahreshauptversammlung 1997 einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der BzV Rheinland gewählt.

R. Vosen

BzV Hamburg

In unserer Ausgabe 1/2 97 berichteten wir über den Delegiertentag und die Neuwahl des Bezirksvorstandes der VDFP Hamburg.

Jetzt können wir den neuen Vorstand der BzV Hamburg auch im Bild vorstellen. Unser folgendes Bild zeigt (von links) in der ersten Reihe Rudolf Macanga (Stellv. Bezirksvorsitzender), Roland Schulz (Bezirksvorsitzender) Klaus Baller (Beisitzer) und in der zweiten Reihe: Erich Sievers (Stellv. Bezirksvorsitzender) Andreas Henning-Lelling (Kassierer) Rüdiger Westphal (Schriftführer) und Joachim Bücking (Beisitzer).



BVW - Sonderpreis

Das betriebliche Vorschlagswesen hat einen Sonderpreis zur Kommunikationsoffensive „Focus Kunde“ ausgeschrieben.

Gefragt sind Wege und Lösungen, wie die Kerngedanken der Kampagne in den verschiedenen Arbeitsbereichen und Aufgabengebieten in die Tat umgesetzt werden können.

Unter den eingehenden Verbesserungsvorschlägen - gemäß den Bedingungen des BVW - wird als erster Preis eine Wochenendreise nach San Sebastian mit Besuch der Straßen-Radrennmeisterschaft verlost.

Das Gewinnspiel läuft vom 1. Juli bis zum 30. September 1997; in diesem Zeitraum muß der mit „Focus Kunde“ gekennzeichnete Vorschlag eingehen.

Weitere Informationen erteilen die örtlichen BVW-Beauftragten, bei denen auch die Vordrucke erhältlich sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erinnern an unsere Werbeaktion 97 und hoffen, daß Sie mittlerweile Erfolge erzielt. **Trotzdem hier ein Tip:** Wir, der Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V., vertreten das gesamte Personal der Personalebene V. Sie können deshalb auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ressorts der Niederlassungen PK, GK und TN das Thema „Beitritt zum VDFP“ ansprechen bzw. diese Kolleginnen und Kollegen von der Arbeit des VDFP überzeugen.

Machen Sie mit bei der Werbeaktion 1997 - es lohnt sich!

Für 5 neu geworbene Mitglieder erhalten Sie als Prämie den Gegenwert einer T-Aktie, darüberhinaus nehmen Sie als Werber an einer Verlosung mit folgenden Einzelpreisen teil:

1. Preis = 333,00 DM 2. Preis = 222,00 DM 3. Preis = 111,00 DM

sowie weitere 10 mal den Gegenwert einer T-Aktie

Senden Sie bitte die folgende Beitrittserklärung eines neu geworbenen Mitglieds bis zum 31.10.97 (Datum des Poststempels) an den VDFP-Bundesvorstand, Postfach 10 22 25, 60022 Frankfurt/Main.

Die Auslosung findet am 07.11.97 durch den Bundesvorstand in der VDFP-Geschäftsstelle statt.

(Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.)

VDFP

Beitrittserklärung

Zur Weitergabe an Ihre Kolleginnen oder Kollegen

Können Knüpfen Kontakte

Ja, ich möchte dem Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V. beitreten und den Service als Mitglied des VDFP nutzen, der die Interessen meiner Berufsgruppe wahrnimmt und sich für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzt.

Mit dem Beitragsabzug von meinem Girokonto erkläre ich mich einverstanden.

Der Einzug soll vierteljährlich halbjährlich jährlich erfolgen.

Name: _____ Vorname: _____ Geburtstag: _____

Anschrift: privat _____ Tel.: _____

Anschrift: dienstl. _____ Tel.: _____

Beschäftigungsverhältnis/Amtsbez.: _____ Pers.Nr.: _____

Bankverbindung:

Name u. Ort der Bank: _____

Bankleitzahl: _____ Kto.-Nr.: _____

Vertrauensgarantie: Dieses Einverständnis kann ich nur gegenüber dem Bundesvorstand des VDFP widerrufen. Die vorgenannten Daten sind nur den zuständigen Mitarbeitern des VDFP zugänglich. Die Verbandszeitschrift und allgemeine Informationen werden kostenlos zugesandt.

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

Name / Vorname und _____

Anschrift des Werbers _____

Herausgeber: Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V. Postfach 10 22 25, 60022 Frankfurt am Main	Druck: Manfred Stiegler · Druck & Design · Ringstraße 9 78359 Orsingen
Verantw. Redaktion: Waldemar Horle Telefon: (069) 57 16 55, Telefax: (069) 58 98 66 Bernd Peter Reimann, Telefon: (069) 63 92 83	Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich das Recht vor, die eingesandten Artikel zu überarbeiten und ggf. zu kürzen. Eine Zurücksendung von Manuskripten und Bildern erfolgt nur bei entsprechendem Hinweis durch den Einsender.
Ständige Mitarbeit: Rolf Klug = (023 31) 202-5252 Lothar Siewert = (023 31) 203-2291 H. Joachim Heuser = (069) 211-3155	

Neue Tätigkeitsfelder - wieder ein VDFP-Erfolg

Serviceseminare: Telekom Sicherheits-System

Seit längerem fordert der VDFP-Bundesvorstand von der Deutschen Telekom AG zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für den mittleren technischen Dienst und hat dazu u.a. wiederholt die Planung und den Aufbau von Einbruchmeldeanlagen einschließlich der Wartung im privaten sowie im geschäftlichen Bereich vorgeschlagen. Das Sicherheitsbedürfnis nimmt einen immer größeren Stellenwert in der Bevölkerung ein, hinzu kommt der boomende Sicherheitsmarkt mit einem jährlichen Umsatz von ca. 16 Milliarden DM allein im Jahre 1995.

Unsere Bemühungen zu diesem Themenkreis sind beim Unternehmen auf Resonanz gestoßen:

Die Deutsche Telekom AG vermarktet erstmalig ein neues Telekom-Sicherheitssystem (TSS), welches sich an den Privatkunden richtet und mehr Sicherheit in den Bereichen Eigentum und Gesundheit bietet.

Im Rahmen der betrieblich-fachlichen Fortbildung in der Telekommunikation wird jetzt ein Serviceseminar, „Telekom-Sicherheitssystem“ (TSS) von der Deutschen Telekom AG angeboten. Dieses Seminar richtet sich an Management und Servicetechniker des PKS sowie an die Sicherheitsberater, wobei keine Vorkenntnisse erforderlich sind. Bundesweit werden ca. 140 Kräfte in Seminaren in allen Bildungszentren geschult: Die Seminarinhalte sind Systemüberblick, Aufbau der Hardware, Einblick in die Sicherheitstechnik, spezifische Merkmale des TSS, Projektierung, Montage, Inbetriebnahme und praktische Übungen.

Die Teilnehmer an den TSS-Seminaren sollen in die Lage versetzt werden, das Telekom-Sicherheits-System (TSS) zu projektieren, montieren und instandzuhalten.

V·D·F·P Verband Deutscher Fernmeldetechniker

- Bundesvorstand -

VDFP- Nachrichten 2/1996: (Auszug)

"... VDFP schlägt neue Tätigkeitsfelder vor"

"... 1. Die Planung und der Einbau von Einbruchmeldeanlagen einschließlich der Wartung im privaten sowie im geschäftlichen Bereich...."

Telekom Monitor 7/97: (Auszug)

"Alarmanlagen im Testverkauf"

"... Deshalb bietet die Deutsche Telekom jetzt in einem Betriebsversuch für Kunden und – mit Personalrabatt – auch für Mitarbeiter im Bezirk Mitte ein neues Sicherheitsprodukt an: die Alarmanlage 1000. ..."

Damit ist bewiesen:
Der VDFP ist auf dem richtigen Weg !

Wann werden auch Sie Mitglied
im Verband Deutscher Fernmeldetechniker,
der Berufsgruppenvertretung für alle Mitarbeiter
der Personalebene V ?

Verwendungsaufstieg 1997

Die Quoten für die Zulassung von
Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes
zum Aufstieg in den gehobenen Dienst bekanntgegeben

Für die im Planungszeitraum 1997 vorgesehene Maßnahme
"Verwendungsaufstieg von B nach C"
hat die DTAG Zentrale Bonn jetzt die Aufstiegsquoten
für die Laufbahnen Ct und CPF freigegeben.

Aufgrund der zu erwartenden Personalbedarfs- und bestandsentwicklung
sind folgende Aufstiegsquoten vorgesehen:

102 Ap für den Verwendungsaufstieg BF/CPF

159 Ap für den Verwendungsaufstieg Bt/Ct

Der Aufruf zum Verwendungsaufstieg sowie die Zulassungsbedingungen
sind mit der Mitteilung 13/1997 in der Deutschen Telekom Offiziell,
Nr. 20/1997, Ausgabe vom 09.07.97, veröffentlicht worden.

Termine für die Einführung sind der 01.09.97 und der 01.03.98.